

sicht, daß sie zur endgültigen Aufrechterhaltung des freien Wirtschaftssystems wesentlich ist. Wir haben wirkliche industrielle Inseln des Friedens, des Ausgleichs, des Fortschrittes und der Zufriedenheit und des geschäftlichen Erfolges auf der sonst ziemlich turbulenten Karte des Kontinents entdeckt. Das zeugt für die Möglichkeit der Gewinnbeteiligung zu deutlich, als daß sie in unserm Bestreben nach größerer Sicherheit und Wirtschaftsdemokratie übersehen oder mißachtet werden dürfte. Gewinnbeteiligung ist ein Ideal, und weil sie ein Ideal ist, ist sie unüberwindlich.“

Kritik fördert die Predigt

In seiner Wochenspalte „Along the Way“, die in zahlreichen katholischen Blättern Amerikas gedruckt wird, macht der Jesuitenpater Daniel A. Lord seinen geistlichen Lesern Mut, ihre Predigten von der Gemeinde kritisieren zu lassen. Von einem Laien, sagt er, rühre der Gedanke her, die Pfarrer sollten an ihre Gemeindemitglieder Fragebogen verteilen, auf denen sie sich an Hand bestimmter Fragen zu den Predigten des Pfarrers äußern könnten. Es müßte eine große Hilfe für die Geistlichen sein, wenn sie von den Laien selbst erführen, was diese von ihrer Predigt erwarten, welche Themen ihnen besonders am Herzen liegen, welchen Stil und welche Redeweise sie von der Kanzel zu hören wünschen. Man könnte dagegen einwenden, daß der Prediger die Wahrheit zu verkünden hat, ob sie gelegen kommt oder ungelegen. Doch darf man zu den Laien das Zutrauen haben, daß sie wissen, was sie brauchen. Die Predigt wird um so mehr auf guten Boden fallen, wenn sie den Bedürfnissen entspricht, die die Laien selbst erkannt haben.

Pater Lord stimmt der Anregung dieses Laien zu. Er geht noch darüber hinaus, indem er die meisten Klagen, die er je über eine Predigt gehört hat, in 12 Punkten eines treffenden kurzen Fragebogens zusammenfaßt und ihn den Pfarrern zur Verfügung stellt. Er sieht darin einen Dienst der Nächstenliebe, die Priester und Gläubige einander erweisen sollten.

Bedenken gegen kostenloses Studium

In den Vereinigten Staaten werden zur Zeit Pläne entworfen, um einer großen Zahl begabter junger Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Studium einschließlich des Lebensunterhaltes aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Gegen diese Pläne meldet die Zeitschrift „America“ (12. 11. 1949) erhebliche Bedenken an. Sie hält es nicht für richtig, den Studenten den Lebenskampf ganz zu ersparen. Es sei nicht das schlechteste Mittel zu einer natürlichen Auslese der Tüchtigsten, die finanziellen Schwierigkeiten, die dem erstrebten Berufsziel entgegenstehen, durch eigene Initiative zu überwinden. Eine allzu große Ausdehnung des Stipendienwesens würde nur dazu führen, daß immer mehr junge Leute den bequemeren Weg zu den akademischen Berufen einschlugen. Wenn die gegenwärtigen Pläne durchgeführt würden, gäbe es in Amerika im Jahre 1960 10 Millionen Menschen mit Universitätsbildung. Sie könnten längst nicht alle eine entsprechende Stellung finden. Man würde also auf diese Weise ein akademisches Proletariat schaffen, das früher oder später zu einer sozialen Gefahrenquelle und zu einem Herd revolutionärer Bestrebungen werden müßte.

Ökumenische Nachrichten

Um eine General- linie der EKD

Der Rat der EKD hat beschlossen, die 2. Generalsynode, die Ende April unter dem Vorsitz des Innenministers Dr. Heinemann, Essen, im Ostsektor Berlins zusammentritt, in den Dienst der politischen Prophetie zu stellen. Ihr Thema lautet: „Was kann die EKD zur Erhaltung des Friedens beitragen?“ Mögen auch akute innerkirchliche Schwierigkeiten dabei mitgewirkt haben, jetzt alle Kräfte auf ein gemeinsames öffentliches Ziel zu vereinigen, so liegt die Ursache doch weiter zurück. Schon auf der verfassunggebenden Synode von Eisenach im Juni 1948 hatten die aktiven Kreise der „Bekennenden Kirche“ ein politisches Programm, das auf das Generalthema von Amsterdam ausgerichtet war: ob in der damaligen „Krieg in Sicht Krise“ die Ökumene ein lösendes Wort finden werde, um zwischen Ost und West Frieden zu schaffen. Zwar mußte es damals zurückgestellt werden. Aber diejenigen Kreise des nordamerikanischen Protestantismus, die gerne Präsident Truman die Vorbereitung eines Heiligen Krieges im Zusammenspiel mit dem Vatikan vorhalten und die zahlreiche Bundesgenossen in England und der Schweiz haben, förderten unterdes eine neue Friedensinitiative der EKD. Das kommt darin zum Ausdruck, daß auf der Berliner Synode nicht nur Altlandesbischof D. Wurm, sondern auch Professor D. Reinhold Niebuhr (Ev. Ref., New York) zum Thema sprechen wird, einer der glanzvollsten „Propheten“ des amerikanischen Protestantismus. (Über seine Stellung zu Amsterdam vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 10, S. 472 und H. 11, S. 499.)

„Die Einheit Deutschlands“

Die schwebende Kontroverse über den konfessionellen Charakter der Westdeutschen Bundesrepublik hat den Rat der EKD auf seiner Tagung vom 18. Januar 1950 in Halle vorläufig durch folgende Kundgebung gelöst, die sich sowohl von den öffentlichen Verlautbarungen D. Niemöllers zur Frage der deutschen Einheit wie auch von den Erklärungen Bischof D. Dibelius' und Propst Grübers zur Frage der Konzentrationslager in der Ostzone deutlich distanziert. Die Kundgebung lautet:

„Die Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen durch Äußerungen einzelner kirchlicher Persönlichkeiten beunruhigt worden. Wir stellen fest: Diese Äußerungen, wie immer sie auch gelautet haben mögen, sind nicht Kundgebungen der Evangelischen Kirche, sondern gehen auf die alleinige Verantwortung derer, die sie getan haben. Zu den aufgeworfenen Fragen erklärt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland:

1. Würde und Freiheit des Menschen sind nach christlicher Lehre unantastbar. Auch die Einheit des deutschen Volkes, unter deren Verlust wir heute mit unserem ganzen Volke schwer leiden, darf nicht mit der Preisgabe dieser Würde und dieser Freiheit erkaufte werden.
2. Die Evangelische Kirche in Deutschland kann den infolge der Politik der Besatzungsmächte entstandenen Eisernen Vorhang nicht anerkennen. Er stellt eine ständige Bedrohung des Friedens und damit der Freiheit der Menschen und Völker dar.
3. Es widerspricht der Würde des Menschen, wenn Angeschuldigte ohne geordnete Rechtsverfahren ihrer Freiheit beraubt werden. Daher sind Konzentrationslager abzulehnen, und zwar in jeder Form und in jedem Land.

Gradunterschiede in der Behandlung von Häftlingen ändern an diesem grundsätzlichen Urteil nichts.

4. Gegenüber dem Angriff antichristlicher Mächte haben beide christlichen Konfessionen gemeinsam im Kampf gestanden. Diese Tatsache muß auch heute für das Verhältnis der beiden Konfessionen gelten, ohne daß wir dadurch der Pflicht enthoben sind, den konfessionellen Gewichtsverschiebungen ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Auch in Eisenach wirkte der Gedanke, zugleich die Einheit des deutschen Volkes repräsentieren zu müssen, bei der Überwindung konfessioneller Spannungen innerhalb der EKD erheblich mit. In Bethel war im Januar 1949 weder für dieses Thema noch für eine geplante Vorlage über „Recht und Gerechtigkeit“ Zeit (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 5, S. 231 f.). Der Gedanke der deutschen Einheit trat erst wieder in den Vordergrund, als die Westdeutsche Bundesrepublik gebildet wurde. Das war etwa zu der Zeit, als die Krise der EKD ihren Höhepunkt erreicht hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 12, S. 549 und 4. Jg., H. 1/2, S. 84; H 3, S. 109 und H. 4, S. 157). Damals las man in einer Kundgebung des Rates der EKD vom 12. Oktober 1949 folgendes:

„Der Rat der EKD, der sich für die evangelische Christenheit im Osten und Westen Deutschlands gleichermaßen verantwortlich weiß, ermahnt die Gemeinden, in dem schweren Schicksal der Aufspaltung unseres Volkes nach der Führung Gottes zu suchen... Trotz aller Entscheidungen der weltlichen Mächte, die über uns herrschen, bleiben wir ein Volk und sind darum zu brüderlicher Gemeinschaft miteinander verpflichtet... In der Not der Zerreißen, in die wir auf diese Weise hineingestellt sind, enthüllt sich aber auch das Gericht Gottes über das, was wir versäumt haben. Diese Not können wir nur dadurch überwinden, daß wir alle zu den Geboten Gottes zurückkehren...“

Das nämliche Thema kehrte nicht nur in der bekannten Verlautbarung D. Niemöllers, sondern auch in einer wohl-abgewogenen Neujahrsbotschaft von Bischof Dibelius wieder:

„Wenn ihr Deutschland sagt, müßt ihr nicht nur euch selbst, sondern auch den deutschen Osten meinen. Und ihr müßt das auch aussprechen! Wir haben hier oft den Eindruck, daß die Parole ‚Einheit‘ nur im Osten alle Tage zu hören ist und daß sich der Westen in diesem Punkt sehr beherrschen könne. Wenn ihr's ebenso meint wie wir, dann sagt es auch laut und deutlich immer und überall... Vergeßt auch nicht, das ist meine dritte Bitte, daß wir hier im Osten das einzige große evangelische Gebiet Mitteleuropas sind. Bei euch im Westen ist, wie man uns sagt, Katholisch Trumpf. Bei uns kommt auf sechs Evangelische allerhöchstens ein Katholik.“

Konfessioneller Burgfriede

Die ernste innere Krise der EKD, über die wir früher berichten mußten und die sowohl durch einen Schritt der „Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland“ wie durch Warnungen seitens der Leitung der „Bekennenden Kirche“ an die Lutheraner ausgelöst worden war, wurde am 5. September 1949 durch ein Gespräch zwar nicht bereinigt, aber gemildert. An diesem Gespräch nahmen außer reformierten Unterhändlern auch Landesbischof D. Hans Meiser, München, und Präses L. Kreyßig, Magdeburg, teil. Die Reformierten hielten daran fest, daß „nach der Grundordnung die EKD nicht nur (wie die Lutheraner immer

wieder sagen) ein Bund, sondern auch eine Kirche ist...“ „Trotz aller Schwierigkeiten“, so lautete der reformierte Bericht damals, könne man nun doch wieder „zu einer brüderlichen Zusammenarbeit in den Organen der EKD zurückkehren“. Dieser Burgfriede wurde durch einen Besuch von Bischof Dibelius in München Mitte November befestigt. Damals verlautete, daß sich „die bayrische Gliedkirche voll und ganz hinter die EKD stelle... In kirchenpolitischer Hinsicht deutet der Besuch auf eine der Verständigung dienende künftige engere Zusammenarbeit zwischen den in der EKD zusammengefaßten evangelischen Kirchen in Deutschland mit den spezifisch lutherischen Kirchen der VELKD hin“. Es wurde hinzugefügt, daß man auf diese Weise besser zur Überwindung des Gegensatzes zwischen Ost- und Westdeutschland beitragen könne.

Neubildung der „Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union“

Sodann hat dieser Besuch von Bischof Dibelius in München auch der Vorbereitung seines besonderen Werkes gedient, die „Evangelische Kirche der Altpreußischen Union“ wiederherzustellen, d. h. die Provinzialkirchen von Rheinland, Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und die Reste von Pommern und Schlesien in einem kirchlichen Gesamtkörper zusammenfassen, damit durch diese konfessionell gemischte Gemeinschaft mit ihrer langen Tradition konfessioneller Zusammenarbeit die Spannungen innerhalb der EKD mehr ausgeglichen werden können. Die Beteiligten wissen, daß dies keine den heutigen Erkenntnissen über Kirche angemessene ideale Lösung ist, meinen aber, daß ein Beieinanderbleiben erforderlich sei, bis einmal echte Kirche entstehe. In dem Verfassungsentwurf, der z. Zt. verhandelt wird, stehen sich zwei Tendenzen gegenüber: der Wunsch Bischof Dibelius', wieder die noch am Leben erhaltene Zentralverwaltung des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin in volle Funktion zu setzen, während die beiden westlichen Landeskirchen eine rein föderative Lösung auf der Grundlage voller Autonomie der Landessynoden erstreben, möglichst sogar unter Beseitigung der Berliner Zentralverwaltung auch im Osten und unter Abschaffung des Bischofsamtes zu Gunsten eines Bruderrates. Wie früher berichtet, haben die Landeskirchen von Westfalen und Rheinland die Konsistorien, d. h. die Organe der Berliner Zentrale, bei sich beseitigt (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 11, S. 521 f).

Auflösung der „Bekennenden Kirche“?

In der Zeitschrift „Evangelische Theologie“ (Dezember 1949) fordert Pfarrer Wolfgang Scherffig in einem Aufsatz „Soll die BK weiter bestehen?“ die Auflösung der „Bekennenden Kirche“, ein Vortrag, der Ende August 1949 vor der Vertrauensmännerversammlung der BK des Rheinlandes gehalten wurde. Scherffig ist selber ein führendes Mitglied dieser Organisation. Nach einer grundsätzlichen geschichtlichen Analyse dieser einst so bedeutenden kirchlichen Bewegung vertritt er folgende Thesen: Die BK hat schon während der Kampfzeit die von ihr aufgestellten Grundsätze kirchlicher Erneuerung nicht durchhalten können. Sie habe 1945 ausdrücklich den status confessionis für beendet erklärt, also könne man ihn nicht 1949 wieder ausrufen. Ein Fortbestehen der BK werde die Spannungen innerhalb der EKD verschärfen. Die BK als solche habe keinen Auftrag mehr neben der Kirche, sie

komme aber in den Geruch der „Judenchristen“ des apostolischen Zeitalters. Ihre neuen Ziele und Aufgaben habe sie bisher weder glaubwürdig noch überzeugend formulieren können. In allen wesentlichen Fragen der kirchlichen Erneuerung finde sie kein gemeinsames Wort mehr. Eine in den Gemeinden lebendige BK sei allenfalls noch in Sachsen vorhanden. Die BK ist daher „ein Offizierkorps ohne Mannschaften“. Der Versuch, ihre Organe von unten her zu legitimieren, sei gescheitert. Die angesehenen Zeitschrift, die diese Darlegung veröffentlichte, hat bisher keinen gegenteiligen Standpunkt zu Wort kommen lassen.

„Rom und Washington“

Präsident Niemöllers „Stimme der Gemeinde“, das Organ der „Bekennenden Kirche“, stellt auch ihr Februarheft in den Dienst einer Rechtfertigung des Herausgebers. Im Osten, so heißt es, müsse man heute physisch büßen, wenn man von der Generallinie des dortigen Staatswesens abweicht, im Westen werde man moralisch geächtet. Alle Anfeindungen, die der Leiter des Außenamtes der EKD in der evangelischen Öffentlichkeit wegen seiner Stellungnahme zugunsten der Einheit Deutschlands erleiden müsse, könnten an der Tatsache nichts ändern, daß Niemöllers praktischer Vorschlag weiter erörtert werden müsse. „Wenn die UNO einheitlich die ‚Besetzung‘ Deutschlands (durch 5 000 Schweden) übernimmt, so fällt der Eiserne Vorhang von selbst in sich zusammen, und der Weg zu einer demokratischen und eigenen deutschen Entwicklung wird frei...“ Zur Verteidigung D. Niemöllers wird nun schweres Geschütz aufgeföhren. Statt des üblichen Leitartikels wird ein redaktioneller Artikel der amerikanischen Zeitschrift „Christian Century“ vom 11. Januar 1950 im vollen Wortlaut abgedruckt, der die Überschrift trägt: „Der kalte Krieg — ein heiliger Krieg?“ Dieser amerikanische Aufsatz wiederum, dem wir nachstehende Auszüge entnehmen, wird von der „Stimme der Gemeinde“ mit einer redaktionellen Vornotiz und der Schlagzeile „Rom und Washington“ versehen. In ihm steht zu lesen: „Martin Niemöllers Gewohnheit, deutlich zu sagen, was er meint, hat wieder einmal einen Sturm in Deutschland hervorgerufen. Dieses Mal ist es die Zerteilung seines Landes in ein östliches und westliches Deutschland, die Niemöller zum Protest veranlaßte. Nach seiner Behauptung sähen die meisten Deutschen ihr Land lieber unter den Kommunisten geeint als die gegenwärtige Trennung ihres Volkes verewigt. Wenn es zum Kriege käme, so würde die westdeutsche Bevölkerung keinen Krieg zur Verteidigung des gegenwärtigen westdeutschen Staates führen. (Ob die Bevölkerung Ostdeutschlands für ihren Staat kämpfen würde, darüber sagt er nichts; er scheint es aber ebensowenig anzunehmen). Wenn die Teilung Deutschlands nicht schließlich zu einem dritten Weltkrieg führen soll, so sieht Niemöller die einzige Hoffnung in der Übernahme der gesamten Besatzung durch die ‚Vereinten Nationen‘ und die Verwaltung des gesamten Landes als einer wieder vereinten Nation...“

„In gewisser Beziehung aber ist das, was Niemöller über die Teilung Deutschlands sagte, noch nicht einmal so wichtig wie seine Erklärung zu der Frage, warum er es sagte. Er gibt nämlich zu, daß seine Schlußfolgerung beeinflusst ist durch die Tatsache, daß der von uns mit England und Frankreich ins Leben gerufene westdeutsche Bund ‚heute ein katholischer Staat ist‘, mit einer unverhältnismäßig hohen Zahl von Katholiken im Kabinett, und daß die

Abtretung von ‚protestantischen Gebieten östlich der Oder an einen katholischen Staat (Polen) sowie die Entwicklungen im mehr westlichen Deutschland die Lage des deutschen Protestantismus beträchtlich geschwächt haben‘. ‚Mit der Schaffung des westdeutschen Bundes‘ — sagt Niemöller — ‚der in Rom gezeugt und in Washington geboren wurde, hat Deutschland seine Stellung als protestantische Vormacht auf dem Kontinent verloren‘.“

„Mit dieser Feststellung macht Niemöller auf einen Sachverhalt in der deutschen Situation aufmerksam, der in den Vereinigten Staaten zu wenig bekannt geworden ist. — Historisch und kulturell ist Deutschland die große Vormacht des europäischen Protestantismus gewesen. Der Protestantismus hat dort seinen Ursprung, und wo es sich darum handelte, das konfessionelle Gleichgewicht in Europa zu erhalten, war es der deutsche Protestantismus, der durch Generationen hindurch Rom gegenüberstand ohne zu weichen. Aber die Stärke des Protestantismus war weithin in denjenigen Teilen Deutschlands zu Hause, die heute zu dem russisch kontrollierten Staatswesen gehören oder an Polen übereignet wurden. Von dem heutigen Westdeutschland ist Bayern fast durchgängig katholisch und Rheinland zum größten Teil. Die Regierungspartei, die Christlich-Demokratische Union, ist weit überwiegend katholisch...“

„Wenn die vorwiegend katholisch-kirchliche Partei an der Macht bleibt, so mag nach ein paar Jahren des Ringens Westdeutschland sehr wohl das werden, was es nach Niemöllers warnenden Worten heute schon ist — ein weiteres katholisches Regierungssystem mehr. Wenn das eintreten sollte, so würden die Folgen für den europäischen Protestantismus, wie in Deutschland selber, sehr ernst werden. Mit Ostdeutschland unter einem offiziell kommunistischen Regime und der Tendenz, dort die Kraft des Protestantismus zu untergraben, und mit Westdeutschland in katholischer Hand würde der Tag nicht mehr fern sein, an dem die päpstliche Kirche hoffen könnte, die Vorherrschaft auf dem ganzen Kontinent außerhalb der russischen Einflußsphäre zu übernehmen. Indem Niemöller auf diese Entwicklung hingewiesen hat, hat er das offen ausgesprochen, was viele nachdenkliche Persönlichkeiten in Deutschland heute fürchten...“

„Wahrscheinlich haben die maßgebenden Stellen in Washington gar nicht in Rechnung gestellt, was für religiöse Auswirkungen es haben würde, als sie die Entscheidung trafen, Deutschland für dauernd aufzuteilen, indem sie den westdeutschen Staat schufen, wie sie ja auch eine ganze Menge anderer Auswirkungen nicht in Rechnung stellten, als sie vorher ihre Potsdamer Entscheidungen trafen. Wir fragen uns sogar, ob Mr. Truman (der sich als ein braver südlicher Baptist betrachtet und der sicher ein begeisterter Freimaurer ist) sich darüber klar ist, daß die Teilung Deutschlands, die seine Regierung als einen Schachzug im ‚Kalten Krieg‘ erzwang, den protestantischen Einfluß in Deutschland bereits zurückgedrängt hat und ihn vielleicht nahezu zerstören wird.“

„Die amerikanischen Protestanten haben Ursache zu tiefer Besorgnis im Blick auf die tatsächlichen Auswirkungen, die der ‚Kalte Krieg‘ auf die kirchliche Lage in Europa ausübt. Deutschland ist nicht das einzige Land, in welchem die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, um den kommunistischen Vormarsch entschlossen aufzuhalten und die Kraftentfaltung Rußlands zu beschneiden, das religiöse Bild verändert und die Machtstellung des römischen Katholizismus verstärkt haben...“

Nach einem Überblick über die Macht des Katholizismus in Frankreich, Italien und Spanien heißt es schließlich:

„So hat sich die Tendenz entwickelt, daß der ‚Heilige Krieg‘ der Papstkirche und der ‚Kalte Krieg‘ des amerikanischen Staates sich miteinander vereinigten. Solange man darin lediglich eine Zusammenarbeit auf Zeit sah, um Nah-Ziele zu erreichen, haben die meisten Amerikaner ohne viel Fragen zugestimmt . . .“

Eine „freie liberale Kirche“ in USA Die bereits mehrfach gemeldete Einigungsbewegung unter verwandten christlichen Denominationen in USA macht, wie es scheint, rasche Fortschritte. Vom 14.—16. Dezember 1949 trafen sich in Greenwich (Conn.) 36 amtliche Vertreter von sieben großen Freikirchenverbänden, hinter denen etwa 15 Millionen Gläubige stehen, und bildeten eine „permanente Kommission“ mit dem Auftrag, einen Plan für einen organischen Zusammenschluß auszuarbeiten. Diese Gruppen sind der General Council of the Congregational Christian Churches (Kongregationalisten), International Convention of the Disciples of Christ, Evangelical and Reformed Church, Presbyterian Church, Methodist Episcopal Church, African Methodist Episcopal Zion Church (Neger) und die Nordprovinz der Mährischen Brüder. In der permanenten Kommission, zu deren Vorsitzenden der bekannte Methodistenbischof D. van Lee Holt gewählt wurde, sind die beteiligten Freikirchen mit je 7 Delegierten vertreten. Es handelt sich dabei im wesentlichen um diejenige Gruppe, die in der ökumenischen Vorschau für Lund (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 5, S. 235) neben der römisch-katholischen Kirche, der bischöflich-konfessionellen Ökumene und den Sekten als die „ge-einte freie liberale Kirche mit synodaler Struktur“ bezeichnet wurde. Gegenüber dem bisher propagierten Vorschlag von E. Stanley Jones für einen Kirchenbund auf föderalistischer Grundlage trat ein neuer Plan des Mitredakteurs von „Christian Century“, Charles Cl. Morrison, in den Vordergrund, der eine intensivere Konzentration beabsichtigt. Die Konferenz von Greenwich erließ eine Kundgebung, in der es u. a. heißt, man wolle der „Entdeckung einer Zunahme des Geistes der Einheit und Brüderlichkeit“ folgen und sich zu einem „Körper in Christus, unserem Herrn und Heiland“ zusammenschließen. „Wir glauben, die Zeit ist nun gekommen, für die Kirchen Amerikas einen Plan organischer Einheit zu formulieren.“

Der Morrisonplan

Der in „Christian Century“ vom 11. Januar 1950 veröffentlichte Morrisonplan verdient größere Aufmerksamkeit, weil er den beherrschenden Grundzug der amerikanischen Ökumenizität am besten wiedergibt und die ganze Schwierigkeit einer dauernden Einheit des Ökumenischen Rates erkennen läßt. Der Plan will diejenigen Denominationen, deren Grundprinzip die Freiwilligkeit und die Ablehnung einer institutionellen oder personalen Autorität ist, zu einem Ganzen zusammenfassen, wobei auch auf die in Greenwich nicht vertretenen Baptisten gerechnet wird, die sich bisher schwer haben einordnen können. Diese im weitesten Sinne „kongregationalistischen“ Gruppen sollen auf der Grundlage des vorhandenen Status ihrer gemeindlichen Unabhängigkeit neben dem Prinzip der Selbständigkeit auch das Prinzip der Verantwortung, des „Connectionalismus“, annehmen. Zwar heißt es in dem Entwurf naiv, er schließe kein dogmatisches System in

sich, aber er sieht doch immerhin eine „Basis der Einheit“ vor, wenn sie auch an letzter Stelle steht. Er nennt sie protestantisch und schlägt die Formel des sog. Liberalismus vor: „Jesus Christus als göttlicher Heiland und Herr“. Es kann nicht übersehen werden, daß diese bescheidene Formel eine kleine, aber wesentliche Abweichung von der Verfassung des Ökumenischen Rates enthält, der seinerseits zur Voraussetzung der Mitgliedschaft macht, daß die betreffenden Glieder „unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen“.

Der Plan ist im übrigen außerordentlich praktisch und einfach. Er gründet die Einheit auf die „gegenseitige Anerkennung von Ämtern und Sakramenten“. Die organische Zusammenfassung soll auf drei Stufen erfolgen. Die verschiedenen lokalen Glaubensgemeinschaften innerhalb einer Ortschaft oder Stadt sollen nach Austausch der „Ehrenurkunden“, in welchen sie sich wechselseitig anerkennen, die Abendmahlsgemeinschaft vollziehen und versuchen, allmählich „die Nomenklatur ihrer Ämter und Gebräuche anzugleichen“. Selbstverständlich bleiben die Vermögenswerte und Beitragserhebungen getrennt. Aber sie sollen sich in einem gemeinsamen Presbyterium eine repräsentative einigende Körperschaft geben und „einen Verwaltungsdirektor oder Bischof“ an die Spitze wählen. Nach demselben Prinzip werden 12—15 regionale Zusammenschlüsse mit synodalem Charakter im Gebiet der USA gebildet, die ihrerseits wieder eine nationale Körperschaft herausstellen. Dieser *National Council* der vereinten protestantischen Kirche der USA würde sich von dem derzeitigen, sehr losen *Federal Council of Churches* (Kirchenbundesrat) insofern wesentlich unterscheiden, als er geographisch gegliederte Synoden und nicht mehr selbständige Denominationen zusammenfaßt. Ihm würden von den Synoden Aufgaben übertragen, die allgemeinen Charakter haben: Mission, Schulfragen, Ausbildung der Geistlichen und ihrer Pensionskasse, Beziehung zum Staat und zu anderen Kirchen. Es ist durchaus damit zu rechnen, daß dieser rationelle Plan bei der Mehrheit der nicht-katholischen Christen in den USA auf große Sympathien stoßen wird; und es wird unvermeidlich sein, daß diese Gruppe noch mehr, als es heute schon geschieht, eine Anziehungskraft für alle Antikonfessionalisten in Europa bilden wird.

Auswirkungen auf Europa

Nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien sind Anzeichen dafür vorhanden. In freikirchlichen Kreisen trachtet man danach, durch eine „gesamtbritische Theologie“ angelsächsischer Prägung die anglikanische Theologie mit ihrem Episkopalsystem zu überwinden und in den Dienst einer internationalen liberalen Freikirche mit synodaler, d. h. parlamentarischer Struktur zu stellen. Ein langjähriger Mitarbeiter der Londoner Missionsgesellschaft, Cecil Northcott, den der United Council Ende 1949 in London zu seinem Generalsekretär wählte, hatte bereits im April 1949 (27. 4.) in „Christian Century“ die Gewissensfrage in einem grundlegenden Artikel mit der Überschrift „Wohin, Britische Theologie?“ gestellt. Aber bereits vorher, in einer vielbeachteten „Antwort von Amsterdam“ machte sich der Kongregationalist Northcott zum Sprecher aller freiheitlichen Ökumeniker: „Die englisch-sprechende Welt hat den Horror des Klerikalismus und des Antiklerikalismus nie erleiden müssen, weil die kongregationalistische Auffassung von der Kirche in Eng-

land und Amerika immer irgendwie gegolten hat. Diese Kirchengauffassung wird nun an den Ökumenischen Rat als kostbares Geschenk weitergegeben, und damit leistet der Kongregationalismus den denkbar wichtigsten Beitrag zur Kirche der gesamten Welt“ (Aus J. W. Winterhager, Jahrb. der Kirchl. Hochschule Berlin 1950). Freilich ist das nicht die Stimme der ganzen nichtkatholischen Christenheit in England.

Una-Sancta-Arbeit in England

Anfang Januar 1950 tagte in High Leigh eine Konferenz der „Friends of Reunion“, eines nichtamtlichen Kreises britischer Christen verschiedener Kirchenzugehörigkeit für die Aufgabe der christlichen Einheit, um die Frage der Abendmahlsgemeinschaft bzw. die offizielle Stellungnahme der Denominationen dazu zu klären. Darüber schrieb die anglikanische Wochenschrift „The Guardian“ am 20. Januar: „Es wurden Vorträge über die Bedeutung des Abendmahls in der anglikanischen Kirche und in den drei beteiligten Freikirchen — der Presbyterianer, Methodisten und Kongregationalisten — gehalten. Sie ließen erkennen, in wie geringem Maße Christen verschiedener Gruppen einander verstehen. Wie viele Anglikaner wissen, daß die Methodisten in ihrer Abendmahlsfeier auch heute die gleiche Liturgie benutzen wie sie selbst? Ist es bekannt, daß die Kongregationalisten oder doch wenigstens einige von ihnen jeden ihrer Gottesdienste als Vorbereitung zum Herrenmahl ansehen? Und hat nicht so mancher Christ aus den Freikirchen den Opfergedanken in der Eucharistie der ‚katholisch‘ eingestellten Konfessionen immer wieder mißdeutet? Aber wie selten werden sie auch der neuen Entwicklung gerecht, die dadurch entstanden ist, daß die liturgische Bewegung die Elemente des Dankens, der Darbringung und des Opfers bei der Abendmahlsfeier der Gemeinde besonders stark betont... Als besonders wertvoll erwies sich in High Leigh die Anwesenheit nichtamtlicher Vertreter der römisch-katholischen Kirche und der Orthodoxen Kirche.“

Lutherische Zusammenschlüsse

Unter dem Druck der allgemeinen Entwicklung haben sich die im „National Lutheran Council“ der USA zusammengeschlossenen zahlreichen Gruppen des amerikanischen Luthertums, das volkstumsmäßig und konfessionell zersplittert ist, entschlossen, im Jahre 1950 ihren föderalistischen Bund zu einer „vollständigen organischen Einheit“ umzubilden. Es scheint nach bisher vorliegenden Nachrichten, daß die strenge Richtung der „Missouri-Synode“, die an der *Confessio Augustana invariata* festhält und die bisher auch nicht dem Ökumenischen Rat angehört, diesen Versuchen noch fernsteht.

Einer der besten Kenner des Weltluthertums, der ehemalige Erlanger Professor D. Hermann Sasse, beleuchtet in einem kritischen „Brief an lutherische Pastoren“ (zielt nach „Orientierung“, Zürich, 15. Nov. 1949) das gesamte lutherische Problem. Er beklagt es, daß die deutschen Lutheraner sich dazu bereit gefunden haben, überhaupt innerhalb der EKD zu bleiben, deren Vorkämpfer ihnen „das Recht, als Kirche zu existieren“, abgesprochen haben. Von dem ökumenischen Luthertum sei keine durchgreifende Förderung der lutherischen Sache in Deutschland zu erwarten, weil sowohl das skandinavische wie das amerikanische Luthertum im Grund dem Liberalismus erlegen sei. „So stehen wir vor der Tatsache, daß das

Luthertum der Welt, mit den Aufgaben eines imponierenden äußeren Aufbaus beschäftigt, gar nicht merkt, wie ihm der Boden unter den Füßen weggezogen wird.“ D. Sasse führt „diesen ganzen Vorgang des Sterbens der lutherischen Lehre“ auf einen rational nicht zu erklärenden Grund zurück. „Es ist das Sterben eines Glaubens, der sich, wie mancher Niedergang im Glaubensleben der Christenheit, hinter dem scheinbaren theologischen Aufstieg verbirgt und Hand in Hand mit einem erschütternden Versagen des Charakters“ geht. Man rühme sich, keine Lehrprozesse mehr gegen Irrlehrer zu führen und ohne nicht, daß man „damit Rom die Verteidigung der Grundwahrheiten des Apostolicums und des Nicänums überlasse, ohne die es überhaupt keine Kirche gibt“. Sasse erwartet von dem Weltluthertum keine Besserung mehr, weil nach seinem zwar sachkundigen, aber durch persönliche Schwierigkeiten in der bayerischen Landeskirche vielleicht etwas getrübteten Urteil „die sagenhaften 80 Millionen Lutheraner in Wirklichkeit nicht existieren, sondern nur von einer grenzenlos oberflächlichen Statistik zusammengelogen werden“. Sasse ist der altlutherischen Freikirche beigetreten. Über den Wert der alljährlichen wochenlangen Zusammenkünfte von Vertretern des Weltluthertums mit den deutschen Lutheranern in Bad Boll, die alle praktischen und theologischen Fragen bis in die Schulpolitik der Länder hinein gemeinsam durchdenken und zu lösen versuchen, weiß Sasse nichts zu berichten.

Orthodoxe Hierarchen

Für die Stellung der Orthodoxie zur ökumenischen Frage spielen nicht nur die Canones und die Politik, sondern auch die Persönlichkeiten der orthodoxen Hierarchen eine wichtige Rolle. Es ist vielleicht kein Zufall, daß der Heilige Synod von Konstantinopel am 11. Oktober 1949 gerade den Metropolitan von Korinth, Michael Constantinides, auf den erzbischöflichen Stuhl von New York gewählt hat, wo er der Nachfolger des jetzigen Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras, ist. Erzbischof Michael war als entschiedener Gegner jeder Teilnahme der Griechisch-Orthodoxen am Ökumenischen Rat hervorgetreten, die praktische und soziale Fragen überschreitet (Herder-Korrespondenz Jg. 3, H. 11, S. 499). Athenagoras I. wiederum, der sich in den Verhältnissen der ganz Nord- und Südamerika umfassenden Diözese auskennt, betonte bei seinem Amtsantritt in Konstantinopel nicht nur seine Ablehnung der Sowjets und des Moskauer Patriarchats, sondern richtete auch ein freundliches Wort an Pius XII., wozu in seiner Lage beträchtlicher Mut gehörte (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, H. 4, S. 161 und H. 7, S. 313). Beide Kirchenfürsten sind also wichtige Figuren in der ökumenischen Politik geworden, die keineswegs für die Orthodoxen von Erzbischof Germanos, einem der sechs Präsidenten des Rates, bestimmt wird. Dieser vertrat zwar den Ökumenischen Rat bei der feierlichen Inthronisation des Erzbischofs Michael Ende Dezember 1949 in der orthodoxen Kathedrale von New York. Aber die öffentliche Erklärung, die Erzbischof Michael sogleich bei seiner Ankunft in USA abgab, war nicht mehr aufzuheben. Sie machte die Spannung zwischen der Orthodoxie und dem Ökumenischen Rat bewußt offenbar und lautete: „Kein Bischof der Kirche Griechenlands kann offizieller Delegierter beim Ökumenischen Rat sein oder dort ein Amt ausüben.“ Diese für die Ohren der amerikanischen Freikirchen aufreizende Entschiedenheit des neuen griechisch-orthodoxen Erzbischofs von New York kann angesichts der ökumeni-

schen Entwicklung in den USA kaum ohne Folgen bleiben. Von daher versteht man erst recht die theologischen Bemühungen von Prof. Florowski, über die im letzten Heft (S. 236) berichtet wurde. Da die nächste Vollversammlung des Rates 1953 in den USA stattfinden wird, liegt sie im direkten Bereich von Erzbischof Michael.

Es war jedenfalls nicht nur ein Höflichkeitsbesuch, den Dr. Visser 't Hooft Mitte November 1949 auf seiner Reise nach Bangkok beim Patriarchen Athenagoras von Konstantinopel machte. Über den Erfolg verlautet, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates sei sehr beeindruckt gewesen von den konstruktiven Gedanken des Patriarchen bezüglich einer griechisch-orthodoxen Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat. Aber es seien hauptsächlich praktische Fragen gemeinsamer Abwehr gegen den vordringenden Kommunismus erörtert worden, während wegen der dogmatischen Differenzen die Fragen des kirchlichen Einigungswerkes „nicht in den Vordergrund traten“. Eines der Hauptziele des Patriarchen bleibt nach wie vor eine Verständigung zwischen der griechisch-orthodoxen Kirche und Rom bzw. den Griechisch-Unierten.

Die Gebetswoche für die Einheit im Glauben

Die Gebetswoche für die Einheit im Glauben, die alljährlich am 18. Januar, also an Petri Stuhlfeier zu Rom beginnt und am 25. Januar, also dem Feste Pauli Bekehrung, endet, wird in fast allen Ländern mehr beachtet als in Deutschland und genießt entsprechend auch eine weit größere Publizität. In England, Frankreich und den USA finden außer den Gottesdiensten in allen Kirchen zahlreiche öffentliche Veranstaltungen interkonfessionellen Charakters statt, an denen Katholiken und Protestanten aller Denominationen teilnehmen; die Presse, und zwar nicht nur die kirchliche, widmet den Fragen der Wiedervereinigung im Glauben breiten Raum, und in den USA wird für die Intentionen der Gebetswoche sogar an Plakatsäulen und Verkehrsmitteln durch große Plakate geworben.

Die Gebetswoche in Rom

Die Einrichtung der Gebetsoktav ist 1916 von Benedikt XV. approbiert und mit einem vollkommenen Ablass ausgestattet worden (dessen Bestimmungen Pius XII. im Jahre 1946 noch erweitert hat). Pius XII selbst hält die Oktav seit langen Jahren; er opfert sein heiliges Messopfer an jedem Tag der Oktav in der für diesen Tag bestimmten, besonderen Intention auf. Diese Intentionen sind: am 18. für die Rückkehr aller Christen zur Einheit; am 19. für die Rückkehr der getrennten östlichen Christen; am 20. für die Rückkehr der getrennten Christen in England; am 21. in Europa; am 22. in Amerika; am 23. für die Rückkehr der Sünder; am 24. für die Bekehrung der Mohammedaner und Juden; am 25. für die Bekehrung der Heiden.

Die Oktav wurde gerade in diesem Jahr, dem Jahr des großen Rufes des Vaters der Christenheit zur Rückkehr, in Rom mit besonderer Feierlichkeit gehalten. Unter der Leitung des Kardinals Tisserand, des Präfekten der Kongregation für die Östliche Kirche, wurden an jedem Tage der Oktav in den vier Hauptbasiliken Roms Messen in den verschiedenen östlichen Riten gelesen. Radio Vatikan brachte jeden Tag um 19 Uhr 45 einen Vortrag mit einem Thema, das zur Intention des Tages in Beziehung stand, und der von einer Autorität auf dem betreffenden Gebiet gehalten wurde.

Protestantische Stimmen

Es ist selbstverständlich, daß die Äußerungen zur Gebetswoche in diesem Jahre sowohl bei Katholiken wie bei Nichtkatholiken unter dem Eindruck des väterlichen Rufes des Papstes zur Einheit in seiner Weihnachtsbotschaft standen. Für die Protestanten aber standen sie gleichzeitig, man darf vielleicht sagen, im Schatten der Feierlichkeiten des Heiligen Jahres, dessen Zeremonien viele unter ihnen als eine Bestätigung des Festhaltens Roms an „abergläubischen Gebräuchen“ ansehen und auch so bezeichnen (wie etwa Albert Finet, der Herausgeber der französischen protestantischen Wochenschrift „Réforme“), und der von ihnen als sicher angenommenen Verkündigung des Dogmas von der leiblichen Aufnahme Marias in den Himmel, die ihnen zu bestätigen scheint, daß Rom in seiner Explikation der Glaubenswahrheit einen „diametral entgegengesetzten“ Weg geht wie die Kirchen des Ökumenischen Weltrates (so Roger Mehl in „Le Monde“). Sie stehen aber auch noch im Schatten der Auseinandersetzungen in der Ökumene selber und der Sorge um deren sprengenden Charakter. Der Aufruf des Ausschusses „Glaube und Kirchenverfassung“ zur Gebetswoche spricht deutlich aus, um was es hier geht. Er fordert vor allem zum Gebet für die Lösung der drei Aufgaben der kommenden Konferenz in Lund (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 5, S. 235): des Problems der Kirche, der Möglichkeit gemeinsamer Anbetung und des Weges zum Sakrament der Einheit, „das für die Christen zum Anlaß der Spaltung geworden ist“.

Marc Boegners Antwort auf die Weihnachtsbotschaft

Man darf vielleicht die Stimme des Präsidenten der „Fédération protestante de France“, Marc Boegners, eines reformierten Theologen, der einer der sechs Präsidenten des Weltkirchenrates ist (vgl. auch die Meldung über seine Tätigkeit in Südamerika in diesem Heft S. 259), als typisch für das Klima der Äußerungen wenigstens jenes Teiles unserer evangelischen Brüder nehmen, der unter Führung der Reformierten steht. Seine Äußerung wurde am 11. Januar im „Figaro“ veröffentlicht und war also wohl als unmittelbare Antwort auf die Weihnachtsbotschaft gedacht, aber sie wurde zur Eröffnung der Gebetswoche in der „Réforme“ von neuem abgedruckt.

Boegner beginnt damit zu sagen, daß man den warmen und dringlichen Aufruf des Heiligen Vaters, der sicherlich vor der Niederschrift ebensowohl durchgebetet wie durchgedacht worden sei, nicht ohne tiefe Bewegung lesen könne. Aber, so fährt er fort, was erwartet der Papst offensichtlich als Antwort der getrennten Brüder auf diese Botschaft? „Ohne Zweifel, daß sie durch einen Akt der vollkommenen Unterwerfung zurückkehren.“ Durch die Bezugnahme auf frühere Einladungen zur Einheit scheinere auf dem Boden von „*Mortalium Animos*“ zu verharren, also auf dem Standpunkte vor den Mechelner Besprechungen und vor den ersten Ökumenischen Versammlungen. Durch die Wiederholung dieser Einladung wolle er sie zwar „wärmer und väterlicher“ machen, aber „man möge mir erlauben zu sagen, daß in einer so ernsten Sache Empfindung und Gefühl nicht nur nicht genügen, sondern sogar die Gefahr mit sich bringen, das Problem der christlichen Einheit in seinen wesentlichen Gegebenheiten zu verfälschen“. Die Reformatoren hätten mit Rom gebrochen, weil sie einer Forderung der Wahrheit treu bleiben wollten. „Und weder die tridentinischen Dekrete noch die

Definition der Dogmen von der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit haben diese Forderung entlastet, deren Gewicht noch schwerer würde, wenn, wie man zu verstehen gibt, ein neues marianisches Dogma demnächst verkündet werden würde.“ Es bleibt also immer noch die alte Streitfrage zwischen Rom und der Reformation: „Welches ist letzten Endes die souveräne Autorität in der Ordnung des Glaubens? Die lebendige, durch den Papst repräsentierte Tradition, in der sich die in den heiligen Büchern, aber auch in der mündlichen Überlieferung der ersten Jahrhunderte niedergelegte Offenbarung expliziert? Oder aber die alleinige Offenbarung, die in der Bibel gegeben ist, deren Wahrheit der Heilige Geist der christlichen Seele bezeugt und deren Kontrolle jede Tradition immer annehmen muß?“ So bleibt Boegner „schmerzlich berührt“, daß die Botschaft anscheinend die unüberschreitbaren Schranken zwischen Rom und den getrennten Brüdern verkennt.

Eine neue Tatsache könnte jedoch, so fährt er fort, die Situation der christlichen Kirchen ändern: wenn der Heilige Stuhl katholische Theologen autorisieren würde, sich mit Theologen anderer Konfessionen zu Lehrgesprächen im Geiste des Respekts, der Liebe und der gegenseitigen Fürbitte zu treffen. Dann könnten die „Dissidenten“ glauben, daß der Papst sich nicht grundsätzlich einer brüderlichen Prüfung nicht nur des Einenden, sondern auch des Trennenden zwischen den christlichen Konfessionen widersetze. (Es ist schwierig zu sagen, was dieser Abschnitt bedeuten soll: weiß Boegner tatsächlich nichts von den vielerorts, wie in Deutschland und der Schweiz, stattfindenden, von Rom approbierten Gesprächen zwischen katholischen und evangelischen Theologen, oder genügen diese Gespräche den von ihm gestellten Anforderungen nicht?)

Boegner schließt dann damit, daß er eine Tatsache hervorhebt, die schon seit Jahren von der evangelischen Welt mit zuversichtlicher Hoffnung begrüßt werde; einer Rückkehr von der die Botschaft nicht spreche, nämlich der Rückkehr unzähliger katholischer Christen zum Studium der Heiligen Schrift, „eine ungeheure Tatsache, deren Bedeutung kein Wort und auch kein Stillschweigen verringern kann...“; denn auf dem Wege der Treue zur Offenbarung, die in der Bibel gegeben ist, bereite sich die Rückkehr aller Christen zur Einheit des Leibes Christi vor.

Wenn P. Charles Boyer, Studienpräfekt an der päpstlichen Gregorianischen Universität und einer der Führer der „Associazione Internazionale per l'Unità Spirituale dei popoli“ in einem Artikel in „La Croix“ von der Erklärung Boegners meint, sie verberge unter einem respektvollen und ironischen Ton und einer Milde der Ausdrücke „une pointe de mauvaise humeur“, so sagt er also sicher nicht zuviel.

Dasselbe Mißbehagen der Reformierten tritt auch zu Tage in der Reaktion auf die in der Weihnachtsbotschaft enthaltene Bemerkung von der Notwendigkeit einer christlichen Einheit gegenüber der Einheitsfront der kämpferischen Gottlosen, die allgemein als eine Antwort auf den in den beiden Timesartikeln vom 31. Oktober und 29. November 1949 enthaltenen anglikanischen Anruf an Rom aufgefaßt worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 5, S. 215). Boegner sagt dazu, die Gründe für die Trennung der Protestanten von Rom seien weder „durch zärtliche Ermahnungen“ noch durch die Notwendigkeit, eine gemeinsame christliche Front gegen die Einheitsfront der Gottlosen zu bilden, zu beseitigen. Auch der Beitrag eines anderen reformierten Theologen, des Straßburger

Theologieprofessors Roger Mehl, zur Gebetswoche (in „Le Monde“) wendet sich deutlich gegen die anglikanische Initiative und damit indirekt gegen jene Stelle der Weihnachtsbotschaft: der Weltkirchenrat stellt keine Kirchenmacht dar, „die den nichtrömischen Zweigen der Christenheit eine gemeinsame politische Linie geben und diese Politik vielleicht auf eine Linie mit der Roms bringen könnte. Um so schlimmer für die, die sich haben täuschen lassen“. Auch in diesem Beitrag klingen die Sorgen um die Schwierigkeiten von „Glaube und Kirchenverfassung“ auf.

Yves Congar zu Boegners Antwort

P. Yves Congar OP, der ja seit langem als Sprecher der französischen Katholiken im Gespräch mit den getrennten Brüdern hervorgetreten ist, hat in einem Interview mit einem Vertreter von „Le Monde“ Stellung zu der Verlautbarung Marc Boegners genommen. Der Artikel sei, so sagt er, genau das, was er erwartet hätte: eine Wiederholung des *Non possumus*, das die Protestanten der katholischen Kirche gegenüber seit 400 Jahren aussprechen. „Man muß zugeben“, so fährt er fort, „daß der Heilige Vater sich damit begnügt hat, das Ziel der Bewegung zu zeigen, und daß er auf kein einziges ‚Mittel‘ hingewiesen hat außer auf die ganz allgemeinen Mittel des Gebetes und des guten Willens. Wenn man die Mittlerschaft der Geschichte, d. h. den langen Prozeß der Klärung und Reifung, nicht in Betracht zieht, so muß das Ziel allein... allerdings wie eine Unmöglichkeit erscheinen. Ich schließe daraus nur, daß man mehr denn je arbeiten muß.“

Zu der Bemerkung Boegners über die theologischen Gespräche sagt er, daß es natürlich solche von Rom gebilligten Gespräche gebe. „Aber ich glaube, daß M. Boegner etwas weniger Gelegentliches verlangt, etwas, was sich zum mindesten in Abstimmung mit den Tätigkeiten der Ökumenischen Bewegung abspielt, in deren Schoß ein großes Verlangen besteht, aus dem Munde katholischer Theologen ein vertieftes Exposé der Positionen ihrer Kirche zu hören“. Die katholischen Theologen, die bereit seien, diesem Wunsche zu entsprechen, seien zum Teil noch durch Schranken eingeengt, die vielfach nur eine zu enge oder übertrieben ängstliche Auslegung der vorhandenen disziplinären Vorschriften darstellten. „Es scheint mir, daß es nicht schwierig sein dürfte, Mittel und Wege zu finden, das alles miteinander zu versöhnen und zuzulassen, daß ein von protestantischer Seite dringend gewünschter theologischer Dialog vor sich geht, ohne daß der Anschein entstünde, daß die katholische Kirche sich in der Ökumenischen Bewegung selber engagiert habe.“

(Inzwischen wird bekannt, daß vom Heiligen Offizium eine neue Stellungnahme zur Frage der interkonfessionellen Gespräche zu erwarten ist, die wohl eine Erleichterung für die Teilnahme katholischer Theologen bringen wird. Doch bleibt die amtliche Veröffentlichung abzuwarten. Man geht indessen sicher nicht fehl, wenn man annimmt, daß es die anglikanische Initiative ist, die die Stellungnahme veranlaßt.)

Die Bemerkung über die gemeinsame christliche Front gegen die Einheitsfront der Gottlosen deutet auch Congar als Antwort auf die Timesartikel. Zweifellos aber gehorchten die, die für die Einheit im Glauben arbeiteten, noch „einem tieferen und reiner religiösen Imperativ als dem einer gemeinsamen Front gegen den Atheismus, bei dem sie fürchteten, daß ein gewisser politischer Aspekt den streng christlichen beeinträchtigen könnte...“

Schließlich bemerkt er noch, daß niemand sich sicherlich mehr über die Rückkehr zur Bibel freuen könne als die Katholiken selber und vor allem der Papst, dessen biblische Enzyklika vom 30. September 1943 so ermutigend und anregend gewesen sei. Auch die protestantischen Brüder machten große Entdeckungen, besonders in Bezug auf den evangelischen Charakter zahlreicher „katholischer“ Wirklichkeiten, nämlich der Kirche, einer gewissen Tradition, der Rolle der Sakramente, des Wertes des geistlichen Lebens und einer gewissen Bedeutung des Marianischen. Im ganzen müsse man trotz der ungeheuren Schwierigkeiten sagen, daß seit dreißig Jahren eine große Wandlung vor sich gegangen sei; Dinge, die damals noch undenkbar gewesen wären, seien heute längst Wirklichkeit. So könne man Hoffnung haben.

**Marc Boegner
in Südamerika**

In Ergänzung der intensiven, aber sehr verschiedenartigen Bemühungen des nordamerikanischen Protestantismus, die Protestanten Südamerikas gegen den dortigen Katholizismus zu stärken und sie gleichzeitig enger an den Ökumenischen Rat zu binden, unternahm auch Präsident Marc Boegner im Sommer 1949 eine Reise nach Südamerika. Er wurde auf dem Wege zur Lateinamerikanischen Evangelischen Konferenz von Buenos Aires in Sao Paulo, Brasilien, als erster europäischer Pastor begrüßt. Dabei betonte der französische Konsul, nun könnten die Brasilianer sehen, daß der Protestantismus nicht nur ein „Yankee-Product“ sei. Bei diesem Anlaß betonte Marc Boegner, „die Ära der Religionsgespräche sei beendet“, die Christen müßten nun gemeinschaftlich gegen die Welle des Materialismus zusammenstehen. Diese Bemerkung trug ihm von seiten der sehr aktiven „Fundamentalisten“, d. h. den radikalen Missouri-Lutheranern und ihren Freunden, den Vorwurf ein, er wolle den Protestantismus in die Arme Roms zurückführen, was man ihm nun wirklich nicht nachsagen kann. Der „Luther des 20. Jahrhunderts“, Mr. McIntire, gibt in Südamerika die Parole aus: „Kampf gegen die Apostasie des Ökumenischen Rates“, und bereitet für 1951 eine „Panamerikanische Evangelische Konferenz“ unter Führung des brasilianischen und nordamerikanischen Luthertums vor. Gegen diese Bestrebungen hat sich in Brasilien bereits ein von den Freikirchen beschickter „Evangelischer Bund“ gebildet, der den Anschluß an Genf betreibt. Boegner trat vorwiegend in Kirchen der Methodisten oder Presbyterianer auf.

**Wechsel im Rektorat
der Moskauer
Geistlichen Schulen**

Am 15. 8. 1949 wurde Erzbischof Hermogen — auf seinen Antrag hin, wie die Zeitschrift des Moskauer Patriarchats mitteilt — von seinem Amt als Rektor der Geistlichen Akademie und des Geistlichen Seminars in Moskau entbunden. Durch dieselbe Verordnung ernannte Patriarch Alexej den Vorsteher der Nikolo-Kuznezka-Kirche in Moskau und verantwortlichen Redaktionssekretär der Patriarchatszeitschrift, Oberpriester Alexander Smirnow, zum Rektor des Geistlichen Seminars und zum zeitweilig die Geschäfte wahrnehmenden Rektor der Geistlichen Akademie.

Erzbischof Hermogen von Kazan war kurz zuvor, am 11. 7. 1949, für seine wissenschaftlichen und polemischen Arbeiten der Grad eines Doktors der Theologie honoris causa verliehen worden.

Hermogen trat bisher an hervorragender Stelle als Ideologe eines scharfen Kurses gegen die römische Kirche auf.

Es kann noch nicht gesagt werden, welche Rückwirkung seine Amtsenthebung als Rektor der Geistlichen Akademie auf seine Tätigkeit ausüben wird. Auch im Septemberheft der Patriarchatszeitschrift setzt er seine Polemik gegen den Vatikan fort.

Oberpriester A. Smirnow trat bisher in der Patriarchatszeitschrift kaum hervor. Sein Nachfolger als Redaktionssekretär, L. N. Parijskij (offenbar nicht geistlichen Standes), nahm an mehreren Auslandsdelegationen der russischen Kirche teil. So gab er z. B. einen ausführlichen Bericht über den Aufenthalt des Leningrader Metropoliten Grigorij in Nord-Amerika im Jahre 1947, dessen Zweck ein Anschluß der russisch-orthodoxen Metropole Nord-Amerikas an das Moskauer Patriarchat war. Im Jahre 1946 war Parijskij Mitglied der Moskauer Delegation in Belgrad, wo man den Anschluß der serbischen Kirche herbeiführen wollte.

**Die russische
Geistliche Mission
in Palästina**

Wie in China ist die russische kirchliche Emigration auch in Palästina durch das Vordringen des sowjetischen Einflusses in eine äußerst schwierige Lage geraten. — Vor dem ersten Weltkrieg gehörte die Russisch-Orthodoxe Mission in Palästina zur russischen Kirche und ging nach dem Kriege in die Jurisdiktion des Karlowitzer, später Münchener Synods der russischen Auslandskirche über. Nach dem zweiten Weltkrieg verursachte der Rückzug der britischen Mandatsmacht im Jahre 1948 eine einschneidende Änderung der Lage. Gemäß einem Abkommen der Regierungen Israels und der UdSSR wurde die Russisch-Orthodoxe Mission der Verwaltung des Moskauer Patriarchats übergeben. Der Leiter der Mission, Archimandrit Antonius, mußte nach Transjordanien fliehen, um so mehr als sich auch der Jerusalemer Patriarch auf die Seite Moskaus stellte. Unter der Verwaltung der freien russischen Auslandskirche verblieben nur die auf transjordanischem Gebiet liegenden Klöster, Kirchen, Heime und Anstalten der Mission.

Das auf 100 Millionen Dollar geschätzte russische kirchliche Eigentum in Palästina wurde zur Zeit des britischen Mandats durch einen vom Hochkommissar ernannten Kommissar verwaltet. Die Regierung Israels erkennt heute die Sowjets als Rechtsnachfolger des Zarenregimes an, unter dem Rußland seine kirchlichen Besitztümer im Heiligen Land erwarb. Ungeklärt ist noch das Besitzrecht an dem früher der Russisch-Orthodoxen Palästina-Gesellschaft und dem im Jahre 1905 ermordeten Großfürsten Sergej Alexandrowitsch gehörenden kirchlichen Vermögen, das über die Hälfte des Kirchengutes in Israel ausmacht und zur Zeit von einem israelitischen Beauftragten verwaltet wird.

Die Lage der russischen Christen war während der Auseinandersetzungen im Heiligen Land besonders gefährdet, da sich zahlreiche ihrer Liegenschaften in den Brennpunkten der Kämpfe befanden. Die Russische Geistliche Mission in Jerusalem lag auf der Grenze zwischen dem jüdischen und arabischen Teil. Die feierlichen Gottesdienste der Osterwoche wurden vom Kampfärm der in nächster Umgebung tobenden Schlacht völlig übertönt. In der russischen Mission hatte sich ein jüdischer Stab eingerichtet. Die russischen Christen verübelten der jüdischen Haganah besonders ihr rücksichtsloses Vorgehen an den christlichen Kultgebäuden. König Abdullah von Transjordanien sei dagegen sehr aufgeschlossen für die Nöte der Orthodoxen gewesen. Die Zeitschrift der russischen Auslandskirche

„Prawoslawnaia Rusj“ veröffentlichte in den Jahren 1948 bis 1949 zahlreiche Dokumente, die ein erschütterndes Bild von den Leiden der Mitglieder der Mission und ihrer gefährdeten Lage entwerfen. Besonders in den Vereinigten Staaten unternahm die russische Auslandskirche Schritte zum Schutz der Gläubigen und der heiligen Stätten in Palästina.

Der vom Moskauer Patriarchen ernannte neue Leiter der Russischen Geistlichen Mission, Archimandrit Leonid, begab sich im November 1948 nach Jerusalem. Er unterhält offenbar gute Beziehungen zum Jerusalemer Patriarchen Timotheus. An Pfingsten 1949 wurde vom Vertreter des Jerusalemer Patriarchen, dem Erzbischof Athenagoras, in Gemeinschaft mit der Bruderschaft der Russischen Mission

die Liturgie in griechischer, slawischer und arabischer Sprache gefeiert. Erzbischof Athenagoras gab seiner Freude über die Wiederherstellung der Beziehungen zur Russischen Kirche Ausdruck. Nach der Liturgie gab Archimandrit Leonid dem diplomatischen Korps ein Essen.

Die noch der russischen Auslandskirche verbliebenen Liegenschaften auf transjordanischem Gebiet sind Anstalten und Heime vor allem in Gethsemane, Bethanien, Hebron, Jericho, sowie das Eleon-Kloster mit 150 Nonnen. Der Münchener Synod bemüht sich in letzter Zeit auch in England um wirksame Hilfe zum Schutz dieser Stätten, deren Übergabe an das Moskauer Patriarchat die Sowjets angeblich durch Druck auf die transjordanische Regierung zu erzwingen versuchen.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über die Katholische Aktion

Der Heilige Vater hat am 25. Januar dieses Jahres einen Brief an die Bischöfe Italiens über die Katholische Aktion in Italien gerichtet, in welchem er Wesen und Aufgabe der Katholischen Aktion überhaupt nochmals klar umreißt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Die erfreuliche Entwicklung, die die Katholische Aktion in Italien genommen hat, fesselt gerade durch die Genugtuung und den Trost, den sie Uns gibt, immer mehr Unsere Aufmerksamkeit und weckt Unseren lebhaften Wunsch, sie möge zu vollem Erfolg führen und Unseren und den allgemeinen Hoffnungen entsprechen.

Wichtigkeit der Mitarbeit der Laien

Indem Wir an euch, ehrwürdige Brüder, schreiben, die ihr von Amts wegen mit Liebe über ihre Angelegenheit wacht, möchten Wir nochmals betonen, daß die wohlgeordnete Mitarbeit der Laien am hierarchischen Apostolat, die seit der Zeit der Apostel stets zu den unerschütterlichsten und fruchtbarsten Überlieferungen der Kirche gehört hat, sich in diesen letzten Zeiten als ganz besonders und dringend notwendig erwiesen hat und darum in jeder Weise zu fördern ist.

Denn die Erfahrung hat völlig klar bewiesen, daß das kirchliche Leben sich aller Energien und Hilfsquellen bedienen muß, über die es verfügt; und sie hat zudem auch schon wiederholt den gültigen Beweis erbracht, einen wie wertvollen Beitrag die Laien dem Klerus bei seinen Bemühungen leisten, das geistige Erbe, das wir von den vergangenen Generationen geerbt haben, in unserer Zeit zu bewahren und das Licht des Evangeliums mit den den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßten Methoden bei den einzelnen und den Völkern zu verbreiten.

Diese Idee der unterstützenden und ergänzenden Mitarbeit einer erlesenen Schar von erprobten und einsatzbereiten Gläubigen bei der Arbeit des Klerus, dem es heute mehr als in der Vergangenheit, obwohl er nach Zahl und Kräften der Aufgabe nicht gewachsen ist, aufgegeben ist, die moderne Welt zu Christus zurückzuführen, scheint uns jetzt, und gerade jetzt besonders, ein erneutes und fruchtbares Überdenken zu verdienen.

Bedeutung der Organisation in der heutigen Welt

Die Verwirklichung eines solchen Prinzips führt zu der Untersuchung eines anderen Prinzips von größter praktischer Bedeutung, dem der Organisation. Die Einordnung der Mitarbeit der Laien in das hierarchische Apostolat kann in der Tat nur durchgeführt und fruchtbar gemacht werden bei größter Achtsamkeit darauf, daß jede Störung der kirchlichen Disziplin vermieden, ja vielmehr deren Ordnung, Kraft und Ausdehnung vermehrt wird. Das verlangt auf der einen Seite ein lebendiges und ehrerbietiges Gefühl für die Autorität der Kirche, auf der andern eine zweckentsprechende Ordnung der Reihen der Laien, die sich unter dem friedlichen Banner der geistigen Kriegerschar des christlichen Apostolats scharen.

Während so die Katholische Aktion dazu beigetragen hat, im Bewußtsein der Gläubigen die Überzeugung und den Antrieb zur Mitarbeit mit ihren Priestern zu formen, hat sie zugleich nicht versäumt, sie in nationalen und internationalen Verbänden zu organisieren, und sie hat für sie den Verhältnissen angepaßte Programme entworfen und so in der Einheit der Ziele und in der methodischen Zusammenfassung der Arbeit eine programmatische und stets wachsame Zusammenarbeit des Laientums mit den Richtlinien geschaffen, welche die Hierarchie unter dem Beistand des Heiligen Geistes gemäß den Bedürfnissen der Zeit den Gläubigen, die ihrer Sorge anvertraut sind, mitteilt.

Solidarität als Grundtendenz der heutigen Zeit im Guten und Bösen

Diese Form von Zusammenarbeit, die, wie man sagen könnte, geradezu das Grundgewebe der Katholischen Aktion ausmacht, trifft in glücklicher Weise mit den Forderungen der gegenwärtigen Zeit zusammen, in der die Solidarität und Zusammenfassung der Ziele und des Einsatzes so verbreitete Anwendung finden und eine der charakteristischsten Seiten und beträchtlichsten Kräfte des modernen Lebens darzustellen scheinen. Wenn man genau zusieht, so sieht man, daß auch die Gegner der Kirche sich überall der Organisation mit neuen und